

**Interpellation Nr. 39 (April 2016)**

betreffend Sicherheit der Juden

16.5133.01

Wir haben Kenntnis von tragischen Verbrechen gegen Juden in einigen Ländern. In jüngster Zeit sind mehrere Attentate auf Juden verübt worden. Die aktuelle weltpolitische Lage führt offensichtlich zu einer stärkeren Bedrohung von Menschen jüdischen Glaubens auch in der Schweiz. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund hat in diesem Zusammenhang auch auf die Verunsicherung vieler Juden hingewiesen und auch auf Bundesebene um Unterstützung nachgesucht.

Es ist Aufgabe unseres Staates, die Sicherheit der hier lebenden Menschen zu garantieren. Die generellen Sicherheitsvorkehrungen und gezielte Maßnahmen haben sich an der Bedrohungslage zu orientieren. Ist diese Bedrohungslage stärker geworden, müssen auch die Sicherheitsmassnahmen angepasst werden.

Die Israelitischen Gemeinden in unserem Land mussten in letzter Zeit eigene Sicherheitsvorkehrungen treffen und bisherige Schutzmassnahmen verstärken. Dazu mussten sie erheblichen personellen und finanziellen Mehraufwand tätigen. Es darf nicht sein, dass eine Gruppe von Menschen angezeigte Sicherheitsvorkehrungen selbst umsetzen und finanzieren muss. Alle in unserem Land haben den Anspruch, dass der Staat die Sicherheit gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Stehen die zuständigen Behörden in Verbindung mit der Israelitischen Gemeinde von Basel hinsichtlich Planung und Umsetzung von adäquaten Sicherheitsmassnahmen?
- Besteht Bereitschaft, den Schutz mit geeigneten Massnahmen zu erhöhen?
- Herrscht Einvernehmen zwischen der Israelitischen Gemeinde und dem Kanton über zu treffende Vorkehrungen?

Christine Wirz-von Planta